

Reinliche Scheidung



Zeitung

10 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Mit Kurszettel

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Verlagen, Erscheinungsweise usw. finden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Verleger: Ullstein-Verlag; Georg Borchard, Verantw. Redakteur (im Ausg.) Handelteller, Carl Nieblich, Berlin. Ullstein-Druckerei (im Ausg.) Handelteller, Carl Nieblich, Berlin. Ullstein-Druckerei. Manuskripte werden nur zurückgenommen, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Veransch. Zentrale Ullstein, Am Dönhof (A7) 3066-3067 für den Fernverkehr; Am Dönhof 3068-3069. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 900.

Reinliche Scheidung

Der Gründer und Vorsitzende des Stahlheims, Fabrikant Franz Selbte, hat in einer Versammlung seiner Organisation in Magdeburg mitgeteilt, er sei aus der Deutschen Volkspartei ausgeschieden. Man kann die Partei Volkspartei zu diesem Entschluß des Stahlheimführers nur beglückwünschen. Man hat sich auseinanderzusetzen. Die reinliche Scheidung ist die reinliche Klärung einer Verbindung, die allmählich höchst kompromittiert geworden war.

Man hat sich auseinanderzusetzen... Der Stahlheim hat sich im Laufe der Jahre ganz anders entwickelt, als Selbte selbst es gemollt und vorausgesehen hat. Aus einer politisch neutralen Arbeiter-Organisation, die ein Element der Konfliktlösung und Ordnung sein sollte, ist allmählich ein Sammelbehälter aller möglichen rechtsradikalen Gruppen geworden, die nach der Beendigung der wirtschaftlichen und politischen Unruhen der Inflationsepoche und des Bürgerkrieges immer mehr zusammenkriechen. Diese neuen Gruppen brachten ihre Führer mit, die für ihre Person höchst anstandslos sind und im Kampf um die Macht keine Demurrungen kennen. Zugleich wuchs die Autorität Selbtes in der verzerzten Form der alten militärischen Hierarchie aus, wobei Selbte als einfacher Arbeiterführer fast ins Hintertreffen kam.

Alle diese Aktivitäten waren nur die äußeren Begleiterscheinungen der inneren Verfall. Das soll der Stahlheim in einer Arbeit der inneren Konfliktlösung und der Sozialpolitik? In dem Wert der Sozialpolitik glaubt kein denkbarer Mensch mehr. Der Reichswehrminister hat oft genug öffentlich ausgesprochen, daß alle diese Experimente ein glänzend negatives Ergebnis gehabt haben. Das Dokument, das von der postfaktischen Selbstkritik "Die Reichswehr" veröffentlicht wurde, ist im Grunde nur eine Bestätigung der Tatsache, daß auch die militärischen Stellen abgesehen von der Unruhmacht und schließlich selbst die besten Aufwachungsgruppen, deren "Entwicklung" und "Begründung" auf einem Landbesitzerverfahren beruht hat, weil den "Aberwählenden" eine höchst besorgene Stellung zu. Sie werden zum alten Eisen gehören, sobald es gelingt, die Zustimmung des Völkervollens zu einer Änderung der jetzigen Reichsverfassung durch Heranziehung der Wehrmacht zu erlangen.

Die Quellen, aus denen der Stahlheim seinen Lebenssaft zu beziehen vermag, liegen in der politischen Organisation. Unter der Ägide Selbtes in Braunschweig hat er sich bei den letzten Landtagswahlen als Schutzgruppe der Deutschnationalen betätigt, mit dem Ergebnis, daß deren Stimmen auf die Parteien zurückgegangen sind. Die Partei Volkspartei durch die Förderung einer prinzipiellen Bewertung der Sozialpolitik zu Kompromissen. Streikern selbst mußte eingreifen und seine scharfe Sprache an den Stahlheim, die über bei seinen Braunschweiger Parteifreunden beträchtliches Riesenschloß verfestigt hat. Die Erklärungen werden wohl bei den Parteien, denen der Stahlheim seine Unterstützung anbietet, nicht ohne Eindruck bleiben, zumal schon jetzt erklärt wird, daß das einzige Ziel sein soll, die Erhaltung höherer Mandate für die Herren Stahlheim-Kommandanten.

Die Deutsche Volkspartei im Lande hat allmählich die Verbindung mit dem Stahlheim aufrechterhalten, nachdem schon längst hervorgehoben war, daß zwischen der Stahlheimpropaganda und der Politik, deren Träger der deutsche Reichswehrminister ist, ein unüberbrückbarer Gegensatz besteht. Man kann den Erfolg der Partei Volkspartei und dessen so nicht einflussreich, außerordentlich selten ihre Reden und Proklamationen den schwachen Erben. Die Partei des Außenministers steht und fällt mit ihrem Führer, dessen persönliches Prestige die stärkste Stütze ist. Wird sie die letzten Schwandbühnen des Reichstages vornehmen, deren Notwendigkeit Selbte eingesehen hat?

Auch in der inneren Politik müssen die Konsequenzen der Sozialpolitik gezogen werden. Der alten muß die Partei des Außenministers unangenehm farbe beleuchten. Der alte soziale Aufbruch nach links und das Zerbrechen der Mitte kann nur geschehen werden, wenn die politischen Führer der Partei Volkspartei sich bereit machen, ein sozialdemokratisches Verhalten auf sich nicht nur zu den notwendigen Entlassungen der Reichspartei, die eine fruchtbarere und konsequente Arbeit ermöglicht. Nur wenn es gelingt, die liberale Mitte zu einem neuen Aufbruch zu bewegen, wird die Verbindung der Partei Volkspartei mit dem Stahlheim nicht bestehen können. Die sich im Volk verfestigt, fruchtbar und dauerhaft auswirken. Wer jetzt sich nicht zu verlieren, deren Augenblick können die Gegenkräfte zwischen den Gruppen der Regierungsklassen im Reich nicht aufrecht erhalten. Die erkrankten, durch Erfahrung aufgeweckten Wehrer verlangen nach Führung. Der Ruf darf nicht verschallen. J. E.

75 Prozent Befoldungsreform?

Eine Forderung des Zentrums / Reichs- und Preussisches Kabinett beraten gefordert

Die Befoldungsreform soll auf den Wunsch der Regierung und der Parteien im Reich und in Preußen bis Mitte Dezember, jedenfalls noch vor Weihnachten, verabschiedet werden. Aber es lauten immer wieder Schmierigkeiten auf, die neue Beratungen der Reichsregierung und des preussischen Kabinetts erfordern. Die jüngste Werbung ist die, daß die Zentrumsfraktion des Reichstages die Forderung aufstellt, die Befoldungsreform solle in diesem Jahre nur zu 75 % durchgeführt werden, die restlichen 25 % sollen den Beamten zu einem späteren Zeitpunkt, wenn möglich, im nächsten Jahre bewilligt werden.

Dieser Beschluß ist gestern in einer Sitzung der Reichstagsfraktion des Zentrums gefaßt worden, der unter anderem auch die drei dem Zentrum angehörenden Mitglieder des preussischen Kabinetts beizugehen. Er kommt einigemmaßen übereinstimmend zum Ausdruck, daß die Regierung, die keinen Führer der Reichstagsfraktion als Gegenpart hat, sich bei der Entscheidung der Reichstagsfraktion nicht gegen die Befoldungsreform des Reichswehrministers ablehnen werde, die sie als zu weitgehend bezeichnen. Es hat herliche Äußerungen nicht nur innerhalb des Zentrums selbst, sondern auch zwischen dem Zentrum und den anderen Parteien der Regierungskoalition gegeben, die vor einigen Wochen damit endeten, daß die Reichstagsfraktion der Regierungslösung "denn" beharrt, die Befoldungsreform der Regierung in vollem Umfange zu verweigern. Insbesondere die Deutschnationalen, die bei den Landtagswahlen während der letzten Monate gemaltige Stimmenverluste zu verzeichnen hatten, hatten ein Interesse daran, die Beamtenverwaltung nicht durch eine Abkürzung der in der Befoldungsreform vorgesehenen neuen Gehaltssätze zu verzögern. Die Deutsche Volkspartei schloß sich an und die beiden Parteien legten aus mehrheitlichen Gründen im interfraktionellen Austausch des inneren Befehls an der Befoldungsreform durch.

Anders gehalten sich die Verhandlungen im Zentrum selbst. Das ursprünglich lediglich ein Vorstoß der Reichstagsfraktion, der sich im Reichstag zu einer Forderung der Regierungskoalition aus den westlichen Wahlkreisen — und diese Abgeordneten bilden in der Fraktion die Mehrheit. Gleichfalls aus mehrheitlichen Erwägungen gelangte die Zentrumspartei zu einer anderen Einstellung gegenüber der Befoldungsreform als eine Koalitionsgesinnung. Im Zentrum

wird so argumentiert: die 700 Millionen für die Aufbesserung sind völlig in die Taschen der Internerier geflossen. Die Arbeiterfrage hat im großen und ganzen das Nachsehen gehabt. Best sollen die Gehälter der Beamten erhöht werden, während gleichzeitig auf einen Abbau der Löhne für die Arbeiter hingearbeitet wird. Das muß auf einer früheren Verzögerung der Arbeiterfrage führen, in einem Grade, durch den die christlichen Gewerkschaften gefährdet werden können. Sphausächlich um diese Abänderung der christlichen Gewerkschaften zu der Sozialdemokratie zu verbinden, führt sich das Zentrum gegen die volle Verwirklichung der Reichstagsfraktion Befoldungsreform. Dadurch, daß die Reichstagsfraktion des Zentrums gestern den formellen Beschluß gefaßt hat, an der Befoldungsreform eine Abkürzung von 25 % zu machen, und seinen Vertreter im Reichs- und im Preussischen Kabinett beauftragt hat, diese Forderung in den Kabinetten durchzusetzen, ist eine neue Aufgabe geschaffen, die noch komplizierter wird dadurch, daß Reichsfinanzminister Dr. Brücker selbstverständlich für seine Vorlage in vollem Umfange eintreten wird, dabei aber seine eigene Fraktion gegen sich hat.

Der Reichstagler hat für heute umfänglich 11 Uhr das Reichskabinett zusammenberufen, um zu dem Beschluß des Zentrums Stellung zu nehmen. Er hatte das Preussische Kabinett eingeladen, unabhängig zu entscheiden, ob das eine gemeinsame Beratung der Reichs- und der Preussischen Regierung stattfinden könne. Diese gemeinsame Beratung ist aber nicht zustandgekommen — wodurch man sich in der Reichstagsfraktion etwas verärgert zeigte —, weil die preussischen Minister den Reichstag ablehnen. Nicht unter sich die Stellungnahme der preussischen Regierung zu vereinbaren. Infolgedessen tagten Reichstags- und preussisches Kabinett zur gleichen Zeit und getrennt. Erst nach Schluß der preussischen Kabinettsitzung begab sich Finanzminister Dr. Brücker nach Berlin in die Reichstagsfraktion, um die Beschlußfassung der Reichsregierung zur Kenntnis zu bringen und an den weiteren Verhandlungen im Reichstagsfraktion teilzunehmen.

Die Beratungen des Reichskabinetts konnten am Donnerstag nicht zum Abschluß gebracht werden, sie finden heute abend ihre Fortsetzung unter Teilnahme des Preussischen Finanzministers.

Nächste Abrüstungstagung im März

Terminkampf in Genf

Nachrichtenblatt der "Völkischen Zeitung"

in Genf, 3. Dezember

Die heutige, wahrscheinlich letzte Sitzung der Genfer Abrüstungskommission, begann mit einem förmlichen Rapport von dem Vorsitzenden der nächsten Tagung, nachdem die Verhandlungen über die Einberufung des Sicherheitskomitees für den 20. Februar abgeschlossen hatte, erhebt sich sofort der Führer der russischen Delegation, Sinowow, und erklärte, daß diejenigen Mitglieder der Abrüstungskommission, die nicht Mitglieder des Völkervollens seien, mit der Verantwortlichkeit der Arbeiten des Sicherheitskomitees und der Abrüstungskommission nicht einverstanden sein könnten.

Dieser Antrag ist auch von anderer Seite schon geäußert worden, und wenn man sich die Einberufung der Abrüstungskommission von der Arbeit des Sicherheitskomitees abnormals abhängig machen wollte, so müßte er sich unter Bezugnahme auf seine früheren Erklärungen hinsichtlich dagegen aussprechen. Das Sicherheitskomitee befähigt sich in der Hauptsache mit der Interpretation einer Reihe von Artikeln des Völkervollens, die für Sowjetrussland als Richtmaß für sein Interesse hätten.

Er schlägt als Datum für die nächste Tagung der Abrüstungskommission den 10. Januar vor und beantragte die Annahme folgender Resolution, deren Wortlaut für die Aufhebung der Ruffen, die auch von vielen anderen geteilt wird, sehr interessant ist und deshalb hier wiedergegeben wird: „Die vorbereitende Abrüstungskommission ist einerseits der Aufgabe, die die Probleme, die sich dem nächstgegründeten Sicherheits-

komitee stellt, sehr kompliziert sind, sowie, daß seine Arbeiten unverzüglich vorangetrieben werden sollen. Die Kommission ist andererseits der Meinung, daß die Lösung der Abrüstungsprobleme die wirksame Eigenverantwortung wäre und infolgedessen wieder die Beratungen über die Lösung der Probleme des Sicherheitskomitees zur Voraussetzung hat. Die Kommission befähigt, daß die sofortige Umänderung der Abrüstungskonvention nach dem Datum für die Einberufung der vorbereitenden Abrüstungskommission in keinem Falle von den Arbeiten des Sicherheitskomitees oder deren Ergebnisse abhängig gemacht werden dürfen, und daß dieses Datum in bestimmter Form von der zweiten Tagung, also bei der letzten, festgelegt werden muß.“

Da zu dieser Resolution niemand das Wort ergriff, erklärte der deutsche Delegierte Graf Bernstorff, daß er sich mit der Begründung der Resolution nicht einverstanden erklären könnte, weil das Datum für die Einberufung des Sicherheitskomitees einflussreich ist, daß ihm auch das Datum des 10. Januar gar zu nahe liege, daß er aber mit dem Ziele des Antrages einverstanden sei.

Er behielt sich die Stellung eines Ergänzungsausschusses vor, zu welchem Zwecke die Beratungen eine halböffentliche Form erließen, nachdem Bernstorff noch erklärte, daß die Begründung der russischen Resolution könne überhaupt nicht angenommen werden, da die Kommission zu einer anderen Arbeitmethode befähigt habe. Unabhängig davon sei das Datum ein Prinzipialproblem, sondern eine Zweckmäßigkeitsfrage, wovon Sinowow jedoch den Graf Bernstorff, und darin dürfte ihm auch mancher anderer Recht geben.

Der Ergänzungsausschuss des Grafen Bernstorff bezieht sich auf eine formelle Veränderung der russischen Resolution, die im wesentlichen aufrechterhalten bleibt. Es wird nur die Er-